



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 158. Ratssitzung vom 29. Oktober 2025

5321. 2024/528

Postulat von Benedikt Gerth (Die Mitte), Sandra Gallizzi (EVP) und Karin Weyermann (Die Mitte) vom 20.11.2024:
Bessere verkehrsmässige Erschliessung der Quartiere für Dienstleister

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Benedikt Gerth (Die Mitte) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3967/2024): Das Postulat ist schon ein Jahr alt, aber wir finden nach wie vor, dass diese Forderungen sinnvoll sind. Der Stadtrat soll prüfen, wie sich die Quartiere für Dienstleister aus der Stadt besser erschliessen lassen, u. a. durch vermehrte örtliche und zeitliche Aufhebungen des Fahrverbots oder Ausnahmeregelungen. Eine bessere verkehrsmässige Erschliessung der Quartiere ist für das Gewerbe der Stadt wichtig. Die Rückmeldungen unserer Wählerinnen und Wähler aus dem Gewerbemilieu bestätigen das. Die erweiterte Bewilligung aus der neuen Parkkartenverordnung (PKV) gibt dem Gewerbe zwar deutlich mehr Möglichkeiten als bis anhin, trotzdem ist es für dieses nicht immer möglich, die betroffenen Immobilien einfach zu erreichen. Einerseits schaden dem Gewerbe die Fahrverbote, andererseits mechanische Hindernisse. Nach wie vor wird es in der Ausführung gewisse Themen geben, die Bussen für Gewerbetreibende bedeuten. Das macht das Leben für sie schwieriger. Wir wollen verhindern, dass frustrierte Gewerbler aus der Stadt abwandern. Unter dem Strich sind es nicht die Immobilienbesitzenden, sondern die Mieterinnen und Mieter, die die Mehraufwände des Gewerbes bezahlen. Das bedeutet, dass Nebenkosten steigen, obwohl die Mieten in Zürich schon hoch sind. Ein Grund der Abwanderung des Gewerbes ist die städtische Verkehrspolitik. Zwar wird immer wieder gesagt, dass man das Gewerbe schützen möchte, doch in der Praxis nützt das wenig, wenn die gleichen Bestimmungen für alle gelten. Ein Standort in der Stadt ist logistisch und verkehrstechnisch kein Vorteil mehr, sondern ein Nachteil. Daher gilt für uns, dass Dienstleister aus der Stadt die städtischen Gebiete zwingend besser erreichen können sollen. Sonst befürchten wir, dass Gewerbebetriebe in die Agglomeration auswandern. Die grossen Umwege zum Geschäft oder den Lagerräumlichkeiten führen zu Ärger und hohen Kosten, die auf die Kundschaft umgewälzt werden. Die andere Option ist, das Stadtgebiet nicht mehr zu bedienen. Die geplanten Velovorzugsrouten sind auch nicht hilfreich. Dafür müssen Parkplätze weichen, die schlussendlich dem Gewerbe fehlen. Als Quartierbevölkerung haben wir das Recht, dass uns Dienstleistungen erreichen können.



Sven Sobernheim (GLP) begründet den von Carla Reinhard (GLP) namens der GLP-Fraktion am 4. Dezember 2024 gestellten Ablehnungsantrag: In der Stadt haben wir anscheinend kein Gewerbe mehr und alle sind Konkurs. Zukünftig haben wir die Gewerbeparkkarte und wieso die schlecht sein soll, kann ich mir nicht erklären. Das kann niemand von uns voraussagen. Die Voraussetzungen sind gut, da man mit ihr viel mehr darf als bisher. Sie ist zudem für städtische Betriebe günstiger als für Betriebe aus der Agglomeration. Vor einigen Jahren wurden alle mechanischen Hindernisse abgebaut, da man nun auf Videokameras setzt. Das stellt also keine Erschwernis dar. Eigentlich müsstet ihr den Vorstoss mit der Umsetzung der PKV zurückziehen, da er aus der Zeit gefallen ist.

Stephan Iten (SVP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Sven Sobernheim (GLP) hat recht damit, dass die Sache mit der PKV geregelt ist. Doch ich höre hier einen Hilfeschrei zur missglückten Verkehrsplanung des Stadtrats. Von dieser ist nicht nur das Gewerbe betroffen, sondern auch andere. Ich finde es scheinheilig, dass die EVP den Vorstoss mitträgt, da sie diese Verkehrsplanung immer wieder unterstützt. Es ist erschreckend, was in Zürich geplant wird. Die Privaten können sich nicht dagegen wehren. Daher braucht es dieses Postulat zur Schadensbegrenzung. Es stört uns aber, dass man zwischen Antriebsarten differenziert. Nicht jeder Dienstleister kann seine Flotte von heute auf morgen ersetzen, das ist nicht realistisch. Darum beantragen wir die Streichung dieses Textteils. Wenn dies abgelehnt wird, lehnen wir das Postulat ab.

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Quartiere für Dienstleister aus der Stadt besser erschlossen werden können. Dies unter anderem durch vermehrte örtliche und zeitliche Aufhebung von Fahrverboten oder durch Ausnahmeregelungen (z.B. für Fahrzeuge mit Energieetikette A/B).

Martina Zürcher (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Der Passus «Dienstleister aus der Stadt» soll durch «Zubringerdienst» ersetzt werden. Dieser Begriff ist in der eidgenössischen Signalisationsverordnung vorhanden. Zudem sollte es möglich sein, dass bspw. Angehörige Handwerksarbeiten verrichten und ihr schweres Werkzeug an die Immobilie heranfahren können, ohne dass sie im Besitz der Gewerbeparkkarte sind.

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Quartiere für Dienstleister aus der Stadt Zubringerdienst besser erschlossen werden können. Dies unter anderem durch vermehrte örtliche und zeitliche Aufhebung von Fahrverboten oder durch Ausnahmeregelungen (z.B. für Fahrzeuge mit Energieetikette A/B).

Weitere Wortmeldungen:

Markus Knauss (Grüne): Eigentlich hatten wir genug Zeit, das heute Diskutierte in die Revision der PKV hineinzupacken. Anscheinend habt ihr euch zu wenig in die Kommissionsberatung eingebracht. Das ist nicht unser Problem. Viele Wünsche des Gewerbes wurden mit der PKV erfüllt. Dieses Fass machen wir nicht noch einmal auf. Darum lehnen wir das Postulat mit oder ohne Textänderungen ab.

Sandro Gähler (SP): Die SP unterstützt die Forderung, dass das Gewerbe in der Stadt schnell vorwärtskommen und seine Fahrzeuge abstellen kann. Das Postulat ist dafür leider nicht zielführend. Die geforderten Ausnahmen für das Gewerbe lassen sich nur mit



kamerabasierten Systemen kontrollieren. Ein solches System wurde vor kurzem in Birsfelden aufgestellt. Die FDP hat daraufhin angekündigt, bis vors Bundesgericht zu ziehen. Wenn nicht sichergestellt werden kann, dass nur Berechtigte von den Ausnahmen profitieren, führt das zu einer allgemeinen Fahrzeitverkürzung, die das Auto attraktiver macht. Der entstehende Mehrverkehr wird dazu führen, dass alle wieder langsamer sind. Es gibt also nur Verlierer. Die einzige langfristig funktionierende Lösung ist, dass Menschen vom Auto auf andere Verkehrsmittel umsteigen, sodass es auf den Strassen mehr Platz fürs Gewerbe gibt, das tatsächlich auf ein Auto angewiesen ist. Das wird erreicht, indem die Alternativen sicher, günstig und schnell sind. Die PKV wird die Parksituation zudem verbessern. Darum lehnt die SP das Postulat mit oder ohne Textänderungen ab.

Karin Weyermann (Die Mitte) ist mit beiden Textänderungen einverstanden: Trotz der Annahme der PKV braucht es weiterhin Druck. Wenn wir in zwei Jahren im Bericht lesen, dass die PKV nicht in der Masse geholfen hat, wie erwartet, lernen wir etwas für einen neuen Vorstoss. Wenn die Welt zu diesem Zeitpunkt tatsächlich besser geworden ist, haben wir kein Problem damit, das Postulat abzuschreiben. Zum Thema der SVP: Einer Übergangslösung bezüglich Antriebsart hätten wir zugestimmt. Trotzdem sehen wir den Punkt der SVP und nehmen ihren Textänderungsantrag an. Ebenso nehmen wir denjenigen der FDP an. Langfristig wird es möglich sein, die Situation mit den Zubringern zu überprüfen. In der heutigen Situation wird der öffentliche Verkehr v. a. durch Tempo 30 verlangsamt. Mit der Begründung, alle ausser die Autofahrer schnell und zielführend ans Ziel bringen zu wollen, arbeitet dieser Rat leider oft gegen seine Absicht.

Angenommene Textänderungen:

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Quartiere für ~~Dienstleister aus der Stadt~~ Zubringerdienst besser erschlossen werden können. Dies unter anderem durch vermehrte örtliche und zeitliche Aufhebung von Fahrverboten ~~oder durch Ausnahmeregelungen (z.B. für Fahrzeuge mit Energieetikette A/B).~~

Das geänderte Postulat wird mit 44 gegen 71 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat